

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Extremismus im Freistaat Sachsen

Rechtsextremismus

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1964
Sitz:	Berlin
Mitglieder 2015 in Sachsen:	ca. 600
Mitglieder 2014 in Sachsen:	ca. 610
Mitglieder 2014 bundesweit:	ca. 5.200
Vorsitz Bund:	FRANZ, Frank
Vorsitz Freistaat Sachsen:	SZYMANSKI, Holger (bis 3. Juli 2015) BAUR, Jens (kommissarisch ab 4. Juli 2015)
Teil-, Nebenorganisationen:	Junge Nationaldemokraten (JN), Ring Nationaler Frauen (RNF), Kommunalpolitische Vereinigung (KPV)
Publikation:	Deutsche Stimme
Kennzeichen:	

Historie und Strukturen

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen Deutschen Reichspartei hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) wurde 1969 gegründet.

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern im Jahr 1989 erste Kontakte in die damalige DDR geknüpft und bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Anhänger am 24. März 1990 in der Messestadt einen Vorläufer der sächsischen NPD unter der Bezeichnung Mitteldeutsche Nationaldemokraten (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

Strukturentwicklung und Mitgliederzahlen der NPD im Freistaat Sachsen unterlagen seit der Gründung erheblichen Schwankungen. Hatte die NPD anfangs noch über 400 Mitglieder, die

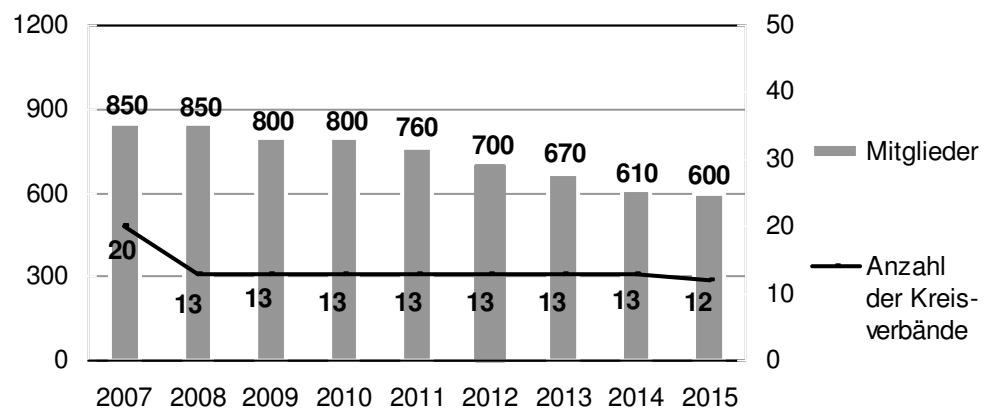
Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

in rund 16 Kreisverbänden (bei damals noch über 40 Landkreisen) organisiert waren, sank die Mitgliederzahl bis 1994 auf unter 100 Personen. Erst nach einer im Jahr 1995 erfolgten organisatorischen Straffung auf sieben Kreisverbände und durch intensive Werbung im Rahmen von sogenannten „Freundeskreisveranstaltungen“ stieg die Anzahl der Mitglieder wieder an. Hierzu trug auch eine strategische Orientierung auf öffentliche Aktivitäten, wie beispielsweise Großdemonstrationen, bei. Den Zenit dieser Entwicklung überschritt der sächsische NPD-Landesverband im Jahr 1998 mit ca. 1.400 Mitgliedern und 20 Kreisverbänden. Trotz der Gründung zweier weiterer Kreisverbände im Jahr 1999 sank die Mitgliederzahl stark auf schließlich ca. 1.000 Personen. Der Rückgang war u. a. auf zwei Faktoren zurückzuführen. Aus wahltaktischen Gründen hatte die NPD auf öffentliche Aktivitäten verzichtet, um potenzielle Wähler nicht mit dem martialischen Erscheinungsbild von Demonstrationsteilnehmern zu verprellen. Intern hatten in der NPD zudem Diskussionen über einen politischen Kurswechsel zum Sozialismus eingesetzt. Die Partei hatte Ideologieelemente des Sozialismus und der Volksgemeinschaft zu einer These verbunden, die sie als "volksbezogenen deutschen Sozialismus" beschrieben hatte.

Erst nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 erholte sich der Mitgliederbestand wieder etwas. Die Mitgliederzahl stagnierte jedoch danach und sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Nach dem verpassten Einzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2014 und Austritten im Rahmen einer hiermit verbundenen Parteikrise verfügte die NPD in Sachsen Ende 2014 nur noch über 610 Mitglieder. Das gesteigerte Engagement der sächsischen NPD im Zusammenhang mit Protesten gegen die Asylpolitik im Jahr 2015 führte nicht wie gehofft zu einer Trendwende. Infolgedessen sank die Mitgliederzahl des sächsischen Landesverbandes im Jahr 2015 weiter. Der Partei gehörten etwa 600 Personen an.

Seit dem Jahr 2008 verfügte die NPD – nach einer Reduzierung der Anzahl der Kreisverbände entsprechend der damaligen Kreisgebietsreform – über 13 Kreisverbände. Der andauernde Mitgliederschwund führte im Jahr 2015 erstmals zu einer strukturellen Änderung. Der Kreisverband Leipzig schloss sich mit dem Kreisverband Landkreis Leipzig zu einer Struktur zusammen. Die NPD verfügt somit im Jahr 2015 über 12 Kreisverbände und vereinzelte Ortsgruppen.

Mitgliederzahl und Anzahl der Kreisverbände der NPD im Freistaat Sachsen



Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen



Einzelne Mitglieder der NPD sind im Freistaat Sachsen darüber hinaus in der NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen (RNF) sowie in der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) organisiert. Der RNF war im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr 2015 eine weitgehend inaktive Struktur ohne politische Bedeutung. Die Internetseite des Landesverbandes ist nicht mehr erreichbar und der letzte Eintrag im Facebook-Auftritt dieser Struktur stammt aus dem Monat Mai 2013.

Die KPV ist eine bundesweit agierende Organisation mit der Aufgabe, kommunale Mandatsträger der NPD zu schulen.

Die Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH mit Sitz in Riesa (Landkreis Meißen) hat nach finanziellen Problemen in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren. Im Jahr 2015 übergaben die Betreiber des Verlages den Warenversand an einen NPD-Funktionär in Thüringen. Auch der Buchversand wurde ausgelagert. Übrig blieb letztendlich die Herausgabe des NPD-Organs „Deutsche Stimme“.

In einem Brief an alle Mitglieder des Landesverbandes über die Zukunft des Objektes führte der Landesvorstand aus, dass nach der Auslagerung des Versandes die Halle nun leer stehe. Ein kleiner Teil werde von einem neuen Medienprojekt mit der Bezeichnung „DS-TV“¹ genutzt. Nachdem ein Antrag des Landesvorstandes auf die Erhebung eines Sonderbeitrages zur Erhaltung des Standortes auf dem letzten Landesparteitag im März

¹ Unter dem Label „DS-TV“ produziert die NPD seit Frühjahr 2015 regelmäßig Reportagen und Propagandavideos und stellt diese im Internet ein. Dazu richteten die Rechtsextremisten im Verlagsgebäude ein Aufnahmestudio ein.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

2015 scheiterte, bat der Vorstand die Mitglieder in dem oben genannten Schreiben um eine freiwillige Abgabe. Ansonsten müsse das Objekt verkauft werden.

Offenbar versuchen die Betreiber die Finanzierung des Objektes mit Veranstaltungen abzusichern. Während eines „Sommerfestes“ am 22. August 2015 weihten die Rechtsextremisten einen Teil des Gebäudetraktes als „Haus Wieland“ ein, welcher als Veranstaltungssaal mit Schlafplätzen als „nationales Begegnungszentrum“ für Seminare, Schulungen und andere Veranstaltungen genutzt werden soll.

Aktivitäten des NPD-nahen Vereins Bildungswerk für Heimat und Nationale Identität e. V. waren im Jahr 2015 nicht feststellbar. Die Homepage des Vereins ist nicht mehr erreichbar.

Ideologie / Politische Zielsetzung

Die NPD strebt die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An ihrer Stelle will die Partei einen autoritär geführten Staat etablieren, in dem sich der Einzelne der Gemeinschaft unterzuordnen hat. Er soll seine individuelle Freiheit in diesem Staat nur so weit ausleben können, wie sie der völkischen Gemeinschaft Nutzen bringt. In einer solchen Gesellschaft kommt eine Person nur dann in den Genuss des Schutzes der Gemeinschaft, wenn sie durch ihre Abstammung qualifiziert ist, Bestandteil der Gemeinschaft zu sein. Im Gegensatz zum Grundgesetz, welches die Würde des Menschen als oberstes und unveräußerliches Prinzip schützt und das für alle Menschen gültig ist, spricht die NPD die Menschenwürde nur den Mitgliedern einer „Volksgemeinschaft“ zu. Alle Menschen, welche nach Ansicht der Rechtsextremisten nicht Bestandteil dieser „Volksgemeinschaft“ sind, werden als Bedrohung der „deutschen Volkssubstanz“ angesehen, solange sie sich in Deutschland aufhalten. Die NPD will ihnen Grundrechte verweigern und weist ihnen in ihrer Programmatik einen niedrigeren Rechtsstatus zu. Diese Positionen weisen Parallelen zum historischen Nationalsozialismus auf. Die Partei versuchte zwar, sich der Bevölkerung als harmloser „Kümmerer und Schutzmacht“ zu präsentieren, indem sie z. B. am Rande von Informationsständen kostenlos Lebensmittel verteilte. Allerdings offenbarte die Argumentation der Partei bei asylbezogenen Protesten den zutiefst rassistisch geprägten Hintergrund der NPD-Ideologie.

Schaffung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft

Die NPD strebt die Schaffung einer nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmten „neuen Ordnung“ in Form einer „Volksgemeinschaft“ an.

„Die NPD bekennt sich zur Volksgemeinschaft und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Volksgemeinschaft ist die Voraussetzung für die Solidargemeinschaft und damit für den sozialen Staat, der auch im Grundgesetz gefordert wird. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wiederum ist die Voraussetzung für einen demokratischen Staat.“²

Diese Volksgemeinschaft sieht die Partei als „Schutz- und Solidargemeinschaft“. Nur in ihr gebe es Sicherheit, Teilhabe und Zusammengehörigkeit:

„Entscheidend ist die glaubwürdige Positionierung der NPD als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘. Dieser potentiell nationalrevolutionären Mehrheit im Volk muß klar werden, dass die Volksgemeinschaft in der Globalisierungsära die einzig denkbare Schutz- und

² Holger APFEL am 11. Juli 2008, Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll 4/115, S. 9453

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Solidargemeinschaft ist; nur sie verbürgt durch emotional unterfütterte Zusammengehörigkeitsgefühle soziale Teilhabe und Sicherheit.³

Die rassistisch definierte Volksgemeinschaft ist das Kernelement der Weltanschauung der NPD. Aus ihr leitet sich ein völkisches Menschenbild in Gestalt des Vorrangs der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum ab. Nur wenn ein Mensch nach diesem Verständnis Bestandteil der „Volksgemeinschaft“ ist, wird ihm seine Freiheit garantiert. Dies allerdings nur insoweit, als er der Gemeinschaft nützt.

„Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.“⁴

„An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zugunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten.“⁵

Hier zeigt sich eine Parallele zum Programm der NSDAP, wonach gemäß Punkt 10 die „Tätigkeit des einzelnen [...] nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen (darf), sondern (...) im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen (müsse).“⁶

Die NPD verwendet den Begriff „Volksgemeinschaft“ im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Die historischen Nationalsozialisten definierten sie als „die auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamem politischem Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes, der Klassen- und Standesgegensätze wesensfremd sind“. Die NPD versteht diese Volksgemeinschaft als eine annähernd „ethnisch homogene“ Gruppe von Menschen, die aufgrund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“⁷ entstehe.

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. (...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen.“⁸

Diese Ausführungen in den Argumentationshilfen zeigen sehr eindrücklich, dass die NPD den Begriff der Volksgemeinschaft im Sinne der rassistischen und ausgrenzenden nationalsozialistischen Ideologie interpretiert. Deutlich ist ein Bezug auf das Programm der NSDAP zu erkennen, wo es im Punkt 4 hieß: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ...“

³ Jürgen GANSEL, „Weckruf an die ‚kleinen Leute‘ im Volk“, www.npd-sachsen.de (Stand: 3. Februar 2011)

⁴ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 6

⁵ Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77

⁶ Programm der NSDAP vom 13. April 1920, Schreibweise wie im Original

⁷ www.npd-sachsen.de, Beitrag „National-revolutionäre Gesundheitspolitik“ (Stand: 11. September 2003)

⁸ Broschüre WORTGEWANDT, Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, S. 18 f.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Rassistische fremdenfeindliche Ideologie

Nach Vorstellung der NPD bestimmt sich der Wert eines Menschen nach der Zugehörigkeit zu einer Ethnie bzw. Rasse. Hieraus resultieren eine rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit und der übersteigerte Nationalismus der Partei. Die Rechtsextremisten grenzen die in ihren Augen „Nicht-Deutschen“ nicht nur aus, sondern sie diffamieren sie als minderwertige „Sozialschmarotzer“ und stellen sich selbst als Elite dar.

„Die Grundlagen unserer ethnischen Exklusivität, unseres geistig-kulturellen Erbes, aber auch unserer wissenschaftlich-technischen und damit wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind in Gefahr (...) Die Leistungsgesellschaft braucht Leistungsträger. Leistungsträger finden sich aber vermehrt in den zentraleuropäischen Völkern, nicht bei den afrikanischen Hottentotten. Begabungen und Intelligenz sind nun einmal ungleich verteilt – und das deutsche Volk ist eines der begabtesten Völker in der Welt. Für unsere Begabungen haben wir uns auch nicht zu schämen! Im Gegenteil! Deshalb darf es keine Zuwanderung von Dummen und Primitiven in unser Land geben (...).“⁹

„So geht deutsche Intelligenz zunehmend ins Ausland, während ausländische Dummheit mit sozialschmarotzerischen Neigungen ungebremst ins Land kommt. Die deutsche Volkssubstanz wird neben der Auswanderung guter Köpfe durch den andauernden Geburtenboykott der vielen beruflich ‚Gestrandeten‘ geschwächt.“¹⁰

Der Fremde – und in den Augen der NPD Nicht-Deutsche – wird pauschal als kriminell, dumm und angetrieben von einer „schmarotzerischen“ Neigung dargestellt. Seine Aufnahme in die „Volksgemeinschaft“ würde den Bestand der „deutschen Volkssubstanz“ gefährden. Die im Jahr 2015 einsetzende verstärkte Zuwanderung von Asylbewerbern deutet die NPD als Durchführung eines Planes zur Vernichtung des Deutschen Volkes. Der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER bezeichnete diesen Vorgang in einer Rede als „*schleichenden Staatsstreich*“. Durch den „*massenhaften Asylmißbrauch*“ habe sich „*ein Schlupfloch für illegale Zuwanderung größten Ausmaßes geöffnet*“. So werde „*am Ende die Zusammensetzung des Staatsvolks geändert (...), ohne daß die Deutschen in einer Volksabstimmung vorher darüber befragt worden seien*.“¹¹

Islamfeindlichkeit als Türöffner für Fremdenfeindlichkeit

Bereits im Jahr 2010 gab es strategische Überlegungen der NPD, wonach die sogenannte „Moslemfrage“ propagandistisch als Türöffner für die Vermittlung ihrer ausländerfeindlichen Positionen genutzt werden sollte:

„Die nationale Opposition ist also wahltaktisch gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen (ohne sie freilich darauf zu beschränken) und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Die populäre Moslemkritik kann so zum Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition werden.“¹²

⁹ www.npd-fraktion-sachsen.de (Stand: 8. Mai 2012)

¹⁰ www.npd-sachsen.de, Artikel „Der Globalisierungstod des Bürgertums“ (Stand: 2. Januar 2007)

¹¹ npd-sachsen.de (Stand: 17. August 2015), Schreibweise wie im Original

¹² www.kompakt-nachrichten.de (Stand: 14. Oktober 2010)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Seit einigen Jahren – infolge der verstärkten Entwicklung des islamistischen Terrors in der Welt – baut deshalb die NPD bewusst das Feindbild Islam auf, um ihre fremdenfeindlichen Argumentationen in das sicherheitsempfindliche Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen und Ängste zu schüren. Dabei setzt die NPD Muslime und Islamisten gleich, wenn sie behauptet, dass die Islamisten das wahre Gesicht des Islams zeigten. Dabei wird ihnen sogar die Rolle von Krankheitserregern zugeschrieben:

„Islamisten sind dabei nicht etwa nur als besonders extreme Vertreter ihres Glaubens anzusehen, sondern sie verkörpern den Islam vielmehr in seiner unverfälschten Form, mit der die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Muslime gänzlich oder zumindest in weiten Teilen konform geht.“¹³

„Für die sächsische NPD steht außer Frage, daß Zuwanderungskritik heutzutage immer auch Islamisierungskritik sein muß, ist doch gerade die Zuwanderung aus islamischen Ländern besonders konfliktbeladen. Muslime stellen nicht nur quantitativ die Hauptgruppe der Überfremder dar, sondern sie sind aufgrund ihres – mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft unvereinbaren – religiösen und kulturellen Hintergrundes auch die mit Abstand problematischsten. (...)“

Wegen der rasant steigenden Verausländung im allgemeinen und der massiven Ausbreitung islamistischer Strukturen im besonderen ist Leipzig für die Sachsen-NPD ein Schauplatz, an dem sich zeigen wird, wie intakt noch das ethnisch-kulturelle Immunsystem der Sachsen gegen die Landnahme aus dem Morgenland ist.“¹⁴

Menschenwürde und Ausschluss von Grundrechten

Den zentralen Aussagen des Grundgesetzes zu Menschenwürde und Gleichheitsrechten setzt die Partei mit ihrem Verlangen nach „Reinhaltung der Rasse“ zum Schutze der „deutschen Volkssubstanz“ rassistisch geprägte Forderungen entgegen, die wiederum eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus erkennen lassen.

Zwar bekennt sich die Partei in ihrem Parteiprogramm formal zur Menschenwürde und zur Gleichheit vor dem Gesetz, allerdings konterkariert sie diese Aussage mit Forderungen zur unterschiedlichen Behandlung von Deutschen und Nichtdeutschen, indem sie die Wahrung der Menschenwürde nur auf die eigene Ethnie beschränkt:

„Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft.“¹⁵

„... das ‚Begrüßungsgeld‘ für Neugeborene, das ‚Müttergehalt‘ und das von der NPD geforderte Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.“¹⁶

„Der Staat hat jedem Deutschen zu ermöglichen, durch Arbeit seinen und den Lebensunterhalt seiner Familie aus eigener Kraft bestreiten zu können.“¹⁷

„Eigentum an deutschem Grund und Boden kann nur von Deutschen erworben werden.“¹⁸

¹³ Ebenda

¹⁴ www.npd-sachsen.de (Stand: 12. August 2013), Schreibweise wie im Original

¹⁵ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 6

¹⁶ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 7

¹⁷ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 8

¹⁸ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 9

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

„Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen.“¹⁹

Diese Forderungen verdeutlichen, dass die NPD Menschen, welche nicht in ihrem Sinne Bestandteil der rassistisch definierten Volksgemeinschaft sind, systematisch einen niedrigeren Rechtsstatus zuordnet und ihnen Grundrechte verweigern will.

Der sächsische NPD-Funktionär Jürgen KÖTZING (Vorsitzender des Kreisverbandes Bautzen) ging sogar soweit, eine Deportation der Asylsuchenden, wie zur NS-Zeit zu fordern. Im August 2015 wurde er von der „Frankfurter Zeitung“ befragt, wie mit straffälligen Asylbewerbern umzugehen sei. Darauf antwortete KÖTZING: *„Nee, Gleis 17, Waggon 1, rein und ab.“* Diese Aussage von KÖTZING ist eine Anspielung auf das Gleis 17 im Bahnhof Berlin-Grunewald, welches die Deportation Berliner Juden ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau symbolisiert. In demselben Beitrag sprach KÖTZING von einer „Umvolkung“ und führte aus:

*„Ich sage jetzt bewusst: Die **deutsche Rasse** soll durch solche Dinge aufgemischt werden.“²⁰*

Wer nach der Definition der NPD nicht Bestandteil der Volksgemeinschaft ist, wird als „krank machender Fremdkörper“ betrachtet. Diese Menschen will die NPD ausgrenzen, benachteiligen und ausschließen. Sie sind in den Augen der Rechtsextremisten minderwertig und sollen Deutschland verlassen. Vor diesem ideologischen Hintergrund sind besonders die ausländer- und islamfeindlichen Kampagnen der NPD zu sehen.

Streben nach Abschaffung der parlamentarischen Demokratie

Die NPD positioniert sich offen als Alternative zur parlamentarischen Demokratie. Sie will den Staat weder reformieren, noch an seiner Gestaltung im Rahmen des parlamentarischen Prozesses mitwirken. Die gegenwärtige demokratische Gesellschaft soll vielmehr abgeschafft werden. Deshalb greift die Partei den Staat in diffamierender Art und Weise an und bringt so ihren Willen zur Überwindung des Systems zum Ausdruck.

„Die NPD stellt die Systemfrage, sie will den sozialen, demokratischen und nationalen Volksstaat schaffen und stellt dieses Ideal der etablierten ‚Demokratie-Karikatur‘ namens BRD entgegen.“²¹

„In der Tat wollen wir das liberalkapitalistische System der BRD überwinden und die Fehler dieser repräsentativen Demokratie beseitigen (...)“²²

Der maßgebliche Parteiideologe Jürgen GANSEL verdeutlichte in einem Artikel, dass die Partei kein Interesse an der Mitgestaltung des demokratischen Willensbildungsprozesses hat, sondern daran arbeiten will, eine den „Parteienpluralismus erstickende Gegenmacht“ aufzubauen:

„Das alles ist systemimmanenter Volksbetrug! Hier hilft kein bloßer Politikerwechsel, weil durch den Austausch eines Volksbetrügers durch einen anderen nichts gewonnen ist, sondern nur ein radikaler, also an die Wurzel des Übels gehender Politikwechsel. (...) So wie

¹⁹ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 11

²⁰ www.sz-online.de/nachrichten/ (Stand: 21. August 2015)

²¹ Broschüre „Heimat bewahren. Freiheit erkämpfen“, S. 15

²² Der damalige NPD-Parteivorsitzende VOIGT in der Deutschen Stimme, April 2011, S. 16

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

das System von unten nach oben fault, muss die NPD von unten nach oben politische Gegenmacht aufbauen. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen haben wir uns als Stachel im Fleisch der Volksbetrüger und als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘ unseres Volkes festzusetzen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch.²³

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Protestveranstaltungen gegen die Asylpolitik im Jahr 2015 sah der sächsische NPD-Funktionär Peter SCHREIBER den Anfang einer Revolution:

„Es war eine geradezu vor-revolutionäre Stimmung. Friedlich, aber entschlossen. Gewaltfrei, aber konsequent. (...) Unsere deutschen Landsleute sind, wenigstens hier in unseren Breiten, endlich soweit (...) Der Widerstandswille ist erwacht – und er wird nicht wieder so schnell schwinden. Es ist soweit: Die nationale Wende kann beginnen.“²⁴

Absage an das Mehrparteienprinzip – Parlamentarismus ist nur Mittel zum Zweck

Anstelle der repräsentativen Demokratie strebt die Partei einen Staat mit plebiszitärem Präsidialsystem an, in dem es kein demokratisches Mehrparteiensystem mehr geben soll:

„Demokratie heißt Volksherrschaft, während Liberalismus die Herrschaft von Parteien und Interessengruppen meint, deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente sind. Im Liberalismus reißen sich Parteien und Interessengruppen den Staat unter den Nagel und machen ihn zum Schacher- und Kompromißobjekt. (...) Wir wollen das gemeinwohlschädigende Parteienregime eindämmen und ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation schaffen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. (...) Demokratisch sind wir nicht nur deshalb, weil wir eine wahre Volksherrschaft an die Stelle der liberalistischen Parteien- und Interessengruppen-Herrschaft setzen wollen, sondern auch, weil wir entschieden für eine deutsche Volksherrschaft anstelle einer multikulturellen Bevölkerungsherrschaft eintreten.“²⁵

Der so angestrebte Staat trägt autoritäre Züge und steht im Kontrast zum pluralistischen Weltbild des Grundgesetzes. Auch im Parteiprogramm verdeutlichte die NPD ihre ablehnende Haltung zum Mehrparteiensystem:

„Zentrale Eckpunkte einer politischen Neuordnung sind: die Festschreibung einklagbarer sozialer Grundrechte und der Grundpflichten, die Direktwahl des mit mehr Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidenten der Deutschen durch das Volk und die Stärkung der Gesetzgebung durch Volksentscheide auf allen Ebenen. Dadurch wird die gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien zurückgedrängt und das Volk in seinen Rechten gestärkt.“²⁶

Die Beteiligung am parlamentarischen Willensbildungsprozess ist für die Partei nur Mittel zum Zweck. Die NPD beteiligte sich nicht an parlamentarischer Arbeit, um zur Ausgestaltung der Demokratie beizutragen, sondern um sich finanzielle und informationelle Ressourcen zu

²³ Artikel „Die Systemkrise beginnt im kommunalen Unterbau“, Internetseite der NPD (Stand: 24. Februar 2010)

²⁴ www.npd-riesa-großenhain.de (Stand: 2. Oktober 2015)

²⁵ Broschüre WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, S. 51

²⁶ Parteiprogramm der NPD 2010, S. 8

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

erschließen und für ihre Zwecke auszunutzen. Der ehemalige Bundesvorsitzende Holger APFEL führte aus:

„Ein Parlament ist Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger. (...) Und so nutzen wir die Landtagsbühne als Politikwerkstatt, als Plattform zur Entwicklung politischer Visionen; um uns mit Herrschaftswissen und geistigem Rüstzeug im Kampf gegen die Feinde unseres Landes auszustatten. Und natürlich um unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und ihnen jeden Tag aufs Neue die Maske vom Gesicht zu reißen.“²⁷

Historischer Nationalsozialismus als Ideal der NPD

Die NPD empfahl ihren Funktionsträgern zwar, „sich mit dem Hinweis auf Gegenwartsaufgaben“ nicht auf die Themenkomplexe Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus „festnageln“ zu lassen. Jedoch zeigen die beschriebenen Parallelen zwischen der NPD und der NSDAP-Programmatik sowie die positive Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945, dass sich die Partei am „Dritten Reich“ orientiert.

„Nur weil es etwas schon im Dritten Reich gab, muß es nicht automatisch schlecht sein. Wir sind keine Partei, die etwas nur deshalb ablehnt, weil es das auch schon zwischen 1933 und 1945 gegeben hat, z. B. echt fortschrittliche Gesetze auf dem Gebiet der Sozial- und Familienpolitik, des Tier- und des Naturschutzes (...). Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil sie von Nationalsozialisten erhoben wurde.“²⁸

Die erwähnte „Forderung“ ist im Programm der NSDAP zu finden. Offensichtlich hat diese Partei für die NPD nicht nur in Bezug auf ihre Ideologie, sondern auch in strategisch-taktischen Fragen eine Vorbildfunktion. Dies untermauerte der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Karl RICHTER in einem Thesenpapier zur künftigen Positionierung der NPD:

„Im Gegensatz zu uns war die NSDAP in Stil, Auftreten und Methoden eine ultramoderne Massenpartei, die es damit konkurrenzlos erfolgreich in die Mitte des Volkes schaffte. Dort müssen wir auch hin!“²⁹

Nach dem Vorbild des historischen Nationalsozialismus strebt die NPD die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“³⁰ an.

„Die Hauptaufgabe der deutschen Nationaldemokratie besteht deshalb in der Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches.“³¹

Das von der NPD angestrebte „Reich“ orientiert sich deutlich am „Dritten Reich“. Die Partei versucht dabei, Geschehnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen. So leugnet sie die Schuld der Nationalsozialisten am Ausbruch des Zweiten

²⁷ www.npd-sachsen.de (Stand: 6. März 2009)

²⁸ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, S. 53

²⁹ Thesenpapier „Raus aus dem Vergangenheitsghetto – Gegenwart gestalten“ von Karl RICHTER, Juni 2011

³⁰ www.npd.de, Meldung über den „Präsidiumsbeschuß zur V-Mann-Hysterie - Jetzt erst recht!“ (Stand: 17. Juli 2002)

³¹ Europawahlprogramm der NPD 2003, S. 6

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Weltkrieges. Der Angriff auf Polen habe „auf jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“³² gedient.

Hinsichtlich des millionenfachen Massenmordes an den europäischen Juden spricht die NPD in ihrem Zentralorgan verharmlosend von „Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“³³.

Auch im Sprachgebrauch der NPD ist eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus zu finden. Die NPD in Mittelsachsen führte zum Beispiel im Jahr 2014 sogenannte „Tage der Volksgemeinschaft“ durch und erläuterte dazu:

„Wie schon im letzten Monat sammelten Aktivisten Geld zur Unterstützung der AWO und der Volksgenossen. (...) Die Not ist in der ganzen Welt groß, aber auch in unserem Volk und als Nationalisten, die den sozialistischen Weg der Volksgemeinschaft gehen, ist jetzt erst unser Volk dran.“³⁴

Aktivitäten

Die sächsische NPD bot im Berichtsjahr kein homogenes Bild. Ein Teil der NPD-Strukturen zeigte im Berichtsjahr kaum Aktivitäten. Nach Mitgliederaustritten in den Landkreisen Görlitz und in Bautzen waren beide NPD-Strukturen überwiegend nicht in der Lage, politische Aktivitäten zu entfalten. Auch der Kreisverband Chemnitz war weitgehend inaktiv. Schwach ausgeprägt war das Parteileben in den Regionen Nordsachsen, Zwickau und auch im Vogtland. Selbst der bei zurückliegenden Wahlkampfzeiten sehr agile Kreisverband Leipzig verlor im Berichtsjahr an Bedeutung. Die Unzufriedenheit der Mitglieder über das Scheitern der NPD-Fraktion bei der Sächsischen Landtagswahl 2014 und die ausbleibenden personellen Konsequenzen an der Führungsspitze führten zu Frustration und Parteiaustritten. Hinzu kamen im Berichtsjahr noch personelle Schwierigkeiten in der Führungsspitze, nachdem der Landesvorsitzende SZYMANSKI hatte zurücktreten müssen.

Die wesentlichen Aktivitäten gingen vom Landesverband sowie von einzelnen Kreisverbänden wie in der Sächsischen Schweiz, Dresden, Meißen sowie im Erzgebirge aus. Wenige NPD-Strukturen organisierten im Berichtsjahr eine Vielzahl von Veranstaltungen. Insgesamt 105 der 146 bekannt gewordenen öffentlichen Aktivitäten von Rechtsextremisten in Sachsen, wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Informationsstände, wurden im Berichtsjahr durch die NPD und ihre Jugendorganisation organisiert bzw. organisatorisch unterstützt. Davon hatten 76 einen zentralen asylofeindlichen Bezug.

Damit war die Partei in Sachsen trotz der oben beschriebenen Inhomogenität die aktivste Kraft innerhalb der rechtsextremistischen Szene und auch die maßgebliche Triebkraft bei der rechtsextremistischen Anti-Asyl-Agitation.

In anderen Landesteilen stellte sich die Situation der Partei anders dar: Ein Teil der sächsischen NPD-Strukturen zeigte im Berichtsjahr kaum Aktivitäten.

Mit dem Ende der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag 2014 verlor die Partei ihre wichtigste politische Bühne. Sie sah sich danach zusätzlich mit der Tatsache konfrontiert, dass andere Protestinitiativen zunehmend ein politisches Feld besetzten, welches ursprünglich die NPD für sich exklusiv beansprucht hatte: der Protest gegen die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Besonders die Veranstaltungen der GIDA-Bewegung

³² Deutsche Stimme, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“, August 2003, S. 20

³³ Deutsche Stimme, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“ von Jürgen GANSEL, Juli 2004, S. 4

³⁴ www.facebook.com/pages/NPD-Mittelsachsen (Stand: 21. März 2014)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

erreichten Dimensionen, die von NPD-Funktionären nie erzielt wurden. Um nicht gänzlich aus dem Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu geraten, nahmen Parteimitglieder immer wieder an asylkritischen Demonstrationen und Kundgebungen teil und initiierten eigenen Protest auf der Straße. Dabei verfolgte die Partei regional unterschiedliche Strategien. Das Spektrum reichte von der Organisation von offen erkennbaren NPD-Veranstaltungen bis hin zu verschleierte Pseudo-Bürgerinitiativen. Auffallend war, dass die Partei oft bemüht war, einen offenen Parteibezug zu vermeiden, um bürgerliches Teilnehmerpotenzial nicht zu verschrecken.

Die Partei war im Berichtsjahr bestrebt, die in der Bevölkerung vorhandenen Ängste im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen weiter zu schüren, um den daraus entstandenen Protest für sich zu nutzen und zu verschärfen. Intensiv bediente sie sich dabei Sozialer Medien, wie z. B. Facebook. Sie initiierte dort – oft ohne unter dem Parteinamen in Erscheinung zu treten – Diskussionsgruppen und befeuerte diese mit fremdenfeindlicher Agitation. Über diese Medien mobilisierten Rechtsextremisten zu Demonstrationen und Kundgebungen. Regional suchte die Partei Kontakte zu Organisatoren anderer Protestinitiativen und versuchte diese zu vereinen.

Die Demonstrationen der Partei zogen auch gewaltbereite Rechtsextremisten an. Diese nutzten die Gelegenheit, um auf der von der NPD bereiteten politischen Bühne ein Zeichen zu setzen. Auch wenn sich die Partei von den Gewaltausschreitungen distanzierte und immer wieder betonte, dass diese zeitlich erst nach den NPD-Veranstaltungen stattfanden, so muss sie sich doch die Tatsache zurechnen lassen, dass ihr Agieren für die Ausschreitungen den Rahmen und den Boden bereitet hatte.

Landesparteitag der NPD in Altenberg

Am 28. März 2015 versammelten sich Delegierte des sächsischen NPD-Landesverbandes, um turnusmäßig einen neuen Landesvorstand zu wählen. Sowohl NPD-Mitglieder, als auch aus der Partei ausgetretene Kritiker der amtierenden Parteiführung maßten der Veranstaltung im Vorfeld eine große Bedeutung bei. Erwartet wurden Konsequenzen der Delegierten und der verantwortlichen Funktionäre aus dem Scheitern bei der Landtagswahl in Sachsen sowie eine daraus resultierende Kurskorrektur. Das Ergebnis dürfte für Kritiker ernüchternd gewesen sein: Wesentliche Änderungen an der Führungsspitze gab es nicht.

Mit ca. 80 Prozent bestätigten die Delegierten den Landesvorsitzenden Holger SZYMANSKI in seinem Amt.

Die Anzahl seiner Stellvertreter reduzierte sich auf zwei Personen. Mario LÖFFLER schied aus dem Vorstand aus und wurde von Arne SCHIMMER ersetzt. Jens BAUR bestätigten die Delegierten im Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Der ehemalige dritte stellvertretende Vorsitzende Maik SCHEFFLER wurde nicht ersetzt. Er war 2014 von seinem Amt zurückgetreten, weil die Partei keine Konsequenzen aus dem Scheitern bei der Landtagswahl gezogen hatte.

Rücktritt des Parteivorsitzenden Holger SZMYANSKI

Die Zusammensetzung des erst Ende März 2015 neu gewählten sächsische NPD-Landesvorstandes hatte allerdings nur bis Anfang Juli 2015 Bestand. Der zwischenzeitlich zum Bundesgeschäftsführer aufgestiegene Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI trat am 3. Juli 2015 „aus persönlichen Gründen“ überraschend von seinen Ämtern zurück. Einer Pressemeldung zufolge seien es Gründe aus seinem Privatleben gewesen, welche im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen mehrere Personen der JN und der

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

NPD bekannt geworden seien. Kurze Zeit später verkündete die sächsische NPD, dass auf einer turnusmäßigen Vorstandssitzung der hauptamtliche Landesgeschäftsführer Jens BAUR (Dresden) den Landesvorsitz kommissarisch übernommen habe. „Streitigkeiten und Turbulenzen nach dem vorläufigen Ausscheiden aus dem Sächsischen Landtag mit einem denkbar knappen Ergebnis im August letzten Jahres“ seien im Rahmen der Sitzung „geklärt und beigelegt“ worden. Der Landesverband präsentierte sich somit angeblich als „gut geordnet und kampagnenfähig.“³⁵

Verhältnis der NPD zu PEGIDA und zu asylkritischen Initiativen

Anfang des Jahres hielt sich der Bundesvorsitzende Frank FRANZ in Dresden auf und steckte auf einer Vortragsveranstaltung die Wegstrecke der NPD für das Jahr unter dem Slogan „Wir dürfen der Lügenpresse nicht die Deutungshoheit überlassen“ ab. Er empfahl den Mitgliedern *„verstärkt in der Öffentlichkeit Gesicht zu zeigen, sich an den Protesten von Pegida und Legida zu beteiligen, aber auch regelmäßig eigene Aktionen wie Infostände, Kundgebungen und Informationsveranstaltungen durchzuführen.“*³⁶

Für die Rechtsextremisten stellte sich somit die Frage, welche Rolle sie in diesem Gefüge der entstehenden Protestbewegungen einnehmen sollten.

Der damalige Landesvorsitzende Holger SZYMANSKI beschrieb im Februar das weitere taktische Vorgehen der Partei:

*„Richtig ist die Unterstützung des Grundanliegens, also der Kritik an der Islamisierung, die PEGIDA ja schon im Namen trägt, aber vor allem an der seit Jahrzehnten falschen Ausländer- und Asylpolitik in diesem Land. Pegida hat erfreulich schnell klargestellt, daß es ihr nicht nur um das Thema Islamisierung geht, das letztendlich nur ein Teilaspekt der Überfremdungspolitik ist. (...) Richtig ist daran, daß Montag für Montag auch viele Nationaldemokraten an den Demonstrationen teilnehmen. Eine »Unterwanderung« oder gar Übernahme von PEGIDA durch die NPD wird dagegen nicht angestrebt, was nicht heißt, daß man nicht auch eigene Positionen in der Vor- und Nachbetrachtung sowie in vielen persönlichen Gesprächen mit Demonstranten deutlich macht. Das Erfolgsgeheimnis von Pegida ist gerade die strikte Überparteilichkeit. Dabei sollte es auch bleiben. (...) Die Vereinnahmung durch eine Partei würde mittelfristig zu einer Schwächung der Bewegung führen, was nicht das Ziel sein kann. Wichtig für den Ausbau von PEGIDA zu einer noch bereiteren Volksbewegung in ganz Deutschland ist seitens der NPD weiterhin die aktive Teilnahme und das stetige Bemühen um ein kritischkonstruktives Verhältnis.“*³⁷

In seinen weiteren Ausführungen beschrieb SZYMANSKI das Verhältnis zu regionalen kleinen Bürgerinitiativen und bestätigte mit seinen Aussagen die enge Zusammenarbeit und logistische Unterstützung dieser Gruppierungen durch die NPD:

*„Was für PEGIDA gilt, trifft mehr oder weniger auch für viele andere lokale Initiativen gegen die Überfremdung unserer Heimat zu. **Hier gilt es taktisch klug vorzugehen** und sich an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Während sich die Spitzen von PEGIDA noch nicht trauen, Kontakt mit der NPD zu pflegen, sieht das andernorts schon ganz anders aus. Der Verfasser hat z.B. vor einigen Monaten an einer Bürgerdemonstration in einer Gemeinde in der Nähe von Dresden teilgenommen, bei der die **als Redner auftretenden***

³⁵ www.npd-sachsen.de (Stand: 6. Juli 2015)

³⁶ www.npd-sachsen.de (Stand: 30. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

³⁷ www.facebook.com/npd.zwickau (Stand: 23. Januar 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Vertreter der NPD großen Beifall erhielten, und zwar sowohl für die **logistische Unterstützung** der bisher unerfahrenen Bürgerinitiative als auch für die inhaltlichen Aussagen in ihren Ansprachen. Immer wieder erleben wir das Phänomen, daß die Bürger Positionen vertreten, die mit denen der NPD übereinstimmen, diese Menschen aber bisher gar keine Kenntnis davon haben, was die eigentlich vertritt. **Durch die aktive Teilnahme und Unterstützung können hier Berührungspunkte abgebaut** und von der »Lügenpresse« fabrizierten Klischees entgegengewirkt werden. Dazu bedarf es selbstverständlich eines **seriösen Auftretens**, aber auch einer allgemeinverständlichen Sprache **ohne »Szenebegriffe«**, die die breite Masse nicht versteht.³⁸

SZYMANSKI beschrieb hier das subtile und unterstützende Vorgehen der NPD, wie es im Berichtsjahr in verschiedenen Landkreisen mehr oder weniger stark ausgeprägt praktiziert wurde. Im Einklang mit diesen strategischen Vorgaben formulierten die Delegierten des NPD-Landesparteitages am 29. März 2015 die Aufgaben und das Ziel der NPD in Sachsen:

*„Mit 100 Gemeinde-, Stadtrats- und Kreistagsmandaten könne die NPD durch lokale Parlamentsarbeit, **massive Präsenz in den sozialen Medien und eigene Kundgebungen – unterstützt durch lokale Initiativen – genügend Druck aufbauen**, um ihre Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. (...) Auch seit dem Landtags-Aus habe die sächsische NPD mit **zahlreichen Kundgebungen an der Seite besorgter Bürger Flagge gezeigt** und sich damit im Gegensatz zur Scheinalternative „AfD“ als wirkliche Oppositionskraft von rechts gezeigt. Die sächsische NPD werde aber auch in Zukunft keine Ein-Themen-Partei sein, sondern neben der Überfremdungs- und Islamisierungskritik weiterhin die Ablehnung des Euros und der Zahlmeisterrolle Deutschlands sowie den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten und Familienfeindlichkeit in den Mittelpunkt rücken. Klares und auch realistisches Ziel sei der Wiedereinzug der NPD in den Sächsischen Landtag 2019.“³⁹*

Die NPD und ihre Proteste gegen die Asylpolitik

Im **Raum Sächsische Schweiz** nutzte die NPD sehr intensiv die oben beschriebene Strategie. Die NPD organisierte seit Ende 2014 / Anfang 2015 in mehreren Städten des Landkreises Demonstrationen gegen Asylbewerberunterkünfte.

Dabei trat die Partei selbst in Erscheinung oder sie agierte als „Initiative Nein zum Heim Sächsische Schweiz und Osterzgebirge“. Der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER berichtete am 27. März 2015 über eine von der „NPD-nahen Initiative ‚Nein zum Heim‘“ veranstaltete Demonstration in Pirna:

*„Deutschland ist mittlerweile der Staat auf der Welt, der die meisten Asylbewerber aufnimmt. Dies hat massive Auswirkungen auch auf den Freistaat Sachsen. Egal ob in Meißen, in Häslich im Landkreis Bautzen oder in Dresden-Löbtau: Es vergeht kaum ein Tag, an dem auch in Sachsen nicht ein neues Asylbewerberheim eröffnet wird. Deshalb setzt auch die NPD-nahe Initiative „Nein zum Heim“ ihre Bürgerproteste gegen Asylmißbrauch **schwerpunktmäßig im Gebiet Sächsische Schweiz – Osterzgebirge fort.**“⁴⁰*

Neben NPD-Funktionären des Kreisverbandes nahm besonders der mittlerweile aus der NPD ausgetretene damalige Heidenauer NPD-Stadtrat Rico RENTZSCH eine Schlüsselposition bei der Organisation von Protestveranstaltungen gegen

³⁸ www.facebook.com/npd.zwickau (Stand: 23. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

³⁹ www.npd-sachsen.de (Stand: 29. März 2015), Schreibweise wie im Original

⁴⁰ www.npd-sachsen.de (Stand: 27. März 2015), Schreibweise wie im Original

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Asylbewerberunterkünfte ein. RENTZSCH wurde in einer Meldung über die Gründung der NPD-Ortsgruppe Heidenau als „einer der führenden Aktivisten der asylmißbrauchskritischen und überparteilichen Initiative „Nein zum Heim““ bezeichnet, welche „in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen gegen Asylmißbrauch auf dem Gebiet des Landkreises Osterzgebirge – Sächsische Schweiz durchgeführt hat.“⁴¹

Als im Monat August 2015 bekannt wurde, dass in Heidenau in einem ehemaligen Baumarkt Asylbewerber untergebracht werden sollten, organisierte RENTZSCH mehrere Aufzüge. Am 21. August 2015 fand eine Demonstration in Heidenau statt, an welcher sich rund 1.100 Personen beteiligten. Im Anschluss an die Versammlung kam es zu Ausschreitungen. (siehe dazu auch Kapitel „Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen“, „Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“)

In der Region Sebnitz/Neustadt engagierte sich die NPD maßgeblich in einer sogenannten Bürgerinitiative „Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz“ (DASS). Parteimitglieder traten im Berichtsjahr als Organisatoren und Redner bei Kundgebungen in Sebnitz und in Neustadt auf.

Auch in **Dresden** mobilisierten die Rechtsextremisten gegen die Unterbringung von Asylbewerbern. Als die Stadt im Juli auf einem Gelände Zelte aufbaute, um Asylbewerber unterzubringen, mobilisierte die Partei sofort zu einer Kundgebung am 24. Juli 2015 direkt am Standort. Rund 200 Menschen, darunter auch eine gewaltbereite Gruppe, folgten dem Aufruf. Im Anschluss an die Veranstaltung kam es auch hier zu gewaltsamen Ausschreitungen von Teilnehmern der Veranstaltung.

Der Dresdner Stadtrat Hartmut KRIEN organisierte – ohne einen Parteibezug erkennen zu lassen – im Herbst in Dresden Kundgebungen gegen Asylbewerberunterkünfte und mobilisierte dazu über Facebook. Am 9. September 2015 meldete er zum Beispiel für eine sogenannte Initiative „Nein zum Heim – Leuben“ eine Kundgebung an. Parallel zur Versammlungsanmeldung wurde eine Facebook-Seite mit der gleichen Bezeichnung eingerichtet.

Ebenso beteiligte sich die NPD im Landkreis Meißen aktiv am Protestgeschehen gegen die Asylpolitik. Insgesamt sieben Demonstrationen bzw. Kundgebungen organisierten die Rechtsextremisten in Meißen, Riesa, Strehla, Großenhain und Gröditz. Die größte Demonstration fand am 29. September 2015 in Großenhain mit rund 550 Teilnehmern statt. Darüber hinaus waren NPD-Mitglieder an Protestdemonstrationen beteiligt, welche von einer asylkritischen Meißener Organisation veranstaltet worden waren.

Im **Erzgebirgskreis** führte der NPD-Kreisvorsitzende Stefan HARTUNG im Berichtsjahr seine Demonstrationsserie fort und erzielte dabei Teilnehmerzahlen, welche über das übliche Mobilisierungsniveau der Rechtsextremisten hinausgingen. Bereits im Winter 2013/2014 organisierte HARTUNG in Schneeberg asylfeindliche sogenannte „Lichtelläufe“ mit bis zu 1.800 Personen.

Die seinerzeit sehr hohen Teilnehmerzahlen sind dadurch erklärbar, dass die NPD ihre Urhebererschaft zunächst verschleierte. Seit Herbst 2015 zeigen die wieder auf selben Niveau einsetzenden Demonstrationen, dass die nunmehr kaum verschleierte NPD-Urheberchaft auch nachhaltige Mobilisierung außerhalb des rechtsextremistischen Milieus ermöglicht.

⁴¹ www.npd-sachsen.de (Stand: 10. April 2015), Schreibweise wie im Original

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Unter der Bezeichnung „Freigeist“ mobilisierte der NPD-Funktionär im Erzgebirge zu Demonstrationen am 10. Oktober 2015 in Schneeberg (850 Teilnehmer), am 24. Oktober 2015 in Aue (400 Teilnehmer), am 7. November 2015 in Schwarzenberg (1.500 Teilnehmer) sowie am 21. November 2015 in Schneeberg (400 Teilnehmer).

HARTUNG versuchte, in der Region Erzgebirge verschiedene Protestgruppen zu vereinen, um eine noch größere Wirkung zu erzielen. In Stollberg fand am 27. November 2015 ein – hier nicht von HARTUNG angemeldeter – „Sternmarsch“ statt. Drei Aufzüge vereinigten sich zur Abschlusskundgebung auf dem Markt in Stollberg mit ca. 3.000 Personen. Die NPD stellte einen der Aufzüge. Ihre Teilnahme stieß bei den Organisatoren des „Sternmarsches“ nicht auf Ablehnung.

Ähnlich wie der Kreisverband im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge agiert der NPD-Landesverband auch im Vogtland. Die Partei erfand hier eine eigene „Initiative“ und organisierte unter deren Namen asylfeindliche Proteste.

Diese Initiative „Plauen wehrt sich“ führte am 18. September 2015 eine Kundgebung durch, auf welcher der Greizer NPD-Stadtrat David KÖCKERT, der sächsische NPD-Landesvorsitzende Jens BAUR sowie der NPD-Funktionär Arne SCHIMMER auftraten.

In Facebook mobilisierte im Vorfeld eine Gruppe mit der Bezeichnung „Plauen wehrt sich“ für diese Veranstaltung und verwandte dabei den gleichen Text wie die NPD.

An der vom kommissarischen NPD-Landesvorsitzenden Jens BAUR angemeldeten Veranstaltung beteiligten sich in Plauen rund 400 Personen. In einer Internetmeldung berichtete die NPD nach dem Ereignis:

„Mehr als 500 Bürger gingen gleich bei der ersten Veranstaltung von „Plauen wehrt sich“ auf die Straße und lauschten Reden des NPD-Landesvorsitzenden Jens BAUR, des vogtländischen NPD-Kreistagsabgeordneten Arne Schimmer, des Greizer NPD-Stadtrat David KÖCKERT und der Meißner NPD-Kreisrat Jürgen GANSEL. Das war der absolute Wahnsinn heute!“⁴²

Diese Beispiele verdeutlichen, wie die NPD im Freistaat Sachsen versucht, eine asylfeindliche und damit fremdenfeindliche Stimmung zu schüren⁴³. Eine Einordnung der Aktivitäten der NPD geschieht im Beitrag „Im Fokus - Das Engagement von Rechtsextremisten in der aktuellen Asyldebatte und seine Folgen“.

Zusammenfassung und Ausblick

Die NPD hat sich im Jahr 2015 trotz vieler Rückschläge zu einem wesentlichen Motor der fremdenfeindlichen Agitation im Freistaat Sachsen entwickelt. Es gelang ihr, mit ihrer subtilen Taktik in verschiedenen Regionen mitunter Zustimmung und Anschluss im regionalen bürgerlichen Lager zu finden.

Bislang zeichnet sich nicht ab, dass sich die gestiegenen Aktivitäten der Partei positiv auf die Struktur der sächsischen NPD auswirken werden. Weder gelang es der Partei, inaktive Gliederungen zu mobilisieren, noch konnte der Abwärtstrend der Mitgliederentwicklung gestoppt werden.

⁴² www.facebook.com/npd.sachsen (Stand: 21. September 2015)

⁴³ Weitere Ausführungen dazu im Beitrag „Regionale Beschreibungen rechtsextremistischer Bestrebungen“

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Die Partei verfolgt das Ziel, zur nächsten Landtagswahl wieder in den sächsischen Landtag einzuziehen. Deshalb ist es für sie essenziell wichtig, immer wieder in den Fokus der Medien zu gelangen und potenzielle Wähler zu gewinnen.

Die sächsische NPD wird auch im folgenden Jahr jede Gelegenheit nutzen, um ihre fremdenfeindlichen Positionen in der Öffentlichkeit zu artikulieren, um damit persönlichen Druck auf Amtsträger auszuüben und demokratische Prozesse so zu beeinträchtigen. Es ist zu erwarten, dass sich die von der NPD initiierten, fremdenfeindlich geprägten Kampagnen und Demonstrationsserien fortsetzen werden.